

»Warte nicht auf bessere Zeiten«

Benjamin-Immanuel Hoff, Fassung 4.0, August 2024

Inhalt

»Olympia Schreibmaschinen« oder DIE LINKE als politisches Start-up.....	1
Erst hatten wir kein Glück, dann kam auch noch Pech dazu und die Talsohle ist noch nicht erreicht... 3	3
Wie wenig ist genug? Schrumpfung vs. noch nie vorhandene Ressourcen.....	5
Kein Konsens über aus Tradition gespeiste Identität, politische Praxis und Zielsetzung.....	6
Die Endlichkeit unserer Lebensweise verlieren aber eine Welt zu gewinnen	10
Der Rückschritt beginnt, wenn niemand mehr vom Fortschritt spricht.	12
Bündnis der Progressiven, Volksfront oder „worin wir uns einig sind“	14
Neugründung, Konföderation oder Auflösung.....	16
Fazit: Das neue »Haus der Linken« und das Bündnis der Progressiven	20

»Olympia Schreibmaschinen« oder DIE LINKE als politisches Start-up

»Warte nicht auf bessere Zeiten«, textete Wolf Biermann 1974. Zwei Jahre später, ich war fast auf den Tag genau neun Monate, wurde Biermann ausgebürgert. Es war eine (kultur)politische Zäsur und Ausgangspunkt sowohl einer Welle der Solidarität unter den Bedingungen der Diktatur als auch einer weiteren Welle des Weggangs sozialistischer Intellektueller, die nicht mehr auf bessere Zeiten warten wollten.

Stefan Reinecke nimmt in der taz am 19. August 2024 in einem Kommentar über die Linkspartei das Lied von Biermann in neuer Form auf: Wartet nicht auf bessere Zeiten, wartet nicht auf euren Mut. Denn die Perspektive der Linkspartei könnte, sollte, müsste darin bestehen, immer noch oder wieder da zu sein, wenn sich der Wind wieder dreht. Nicht auf bessere Zeiten warten und gleichzeitig realistisch gesehen das Wurzelwerk erweitern, vertiefen und wieder wachsen. Kein schlechtes Bild.

Die Partei DIE LINKE. steckt in der Krise – seit Jahren. Auf stetig sinkendem Niveau in der öffentlichen Zustimmung und erodierenden Ressourcen folgt ein Neustart dem nächsten. Eine Vielzahl von Positions- und Strategiepapieren beschreibt, weitgehend übereinstimmend, die Ausgangslage, differiert in der Ursachenbeschreibung und widerspricht sich häufig in der Benennung der Lösungsvorschläge.

Zuletzt vor etwas mehr als zwei Jahren, im April 2022, diskutierte auch ich vor dem Erfurter Bundesparteitag im Strategiepapier [»Steh auf, wenn du am Boden liegst«](#) die Ausgangslage einer »politisch insolventen«¹ Partei. Ich war seinerzeit der Auffassung, dass DIE LINKE die »politische Insolvenz« erklären sollte. Zur Erinnerung, mit der Insolvenz ist nicht zwangsläufig das Ende eines Unternehmens verbunden, sondern eine Krise des bisherigen Geschäftsmodells, mit dem Ziel ihrer Überwindung. Erfolgreiche Insolvenzverfahren führen zu gesunden Unternehmen, nicht zu deren Zerschlagung.

¹ Aufgrund verschiedener Hinweise zu vorangegangenen Fassungen des Papiers: Weder liegen mir Erkenntnisse für eine ökonomische Insolvenz der LINKEN – die im Parteienrecht nicht vorgesehen ist – oder deren Gefahr vor, noch lässt sich das Insolvenzrecht im Weiteren 1:1 politisch übertragen. Die „politische Insolvenz“ dient hier allein als sprachliches Bild zur Erläuterung einer tiefgreifenden Krise des bisherigen „Geschäftsmodells“ der Partei DIE LINKE und den Optionen ihrer Überwindung.

Deshalb schlug ich vor, um im Bild zu bleiben, den Sanierungsprozess in Eigenverwaltung vorzunehmen, da die Partei grundsätzlich alles Wesentliche mitbringen würde, durch Restrukturierung in der Lage zu sein, sowohl inhaltlich als auch innerparteilich-strukturell wieder auf eigenen Beinen stehen zu können.

Ausgehend von dieser positiven Fortführungsprognose und der Annahme, dass ein Insolvenzplan (das von mir skizzierte »Haus der Linken«) den Gebrauchswert der Partei auch künftig sichern und die innerparteilichen und außerparteilichen »Gläubiger« überzeugen würde, skizzierte ich eine erste Phase bis 2025, wobei die noch entscheidendere zweite Phase bis 2029 reichen sollte.

Seither verschlechterten sich die Rahmenbedingungen enorm. Das BSW spaltete sich ab und es zeigt sich, dass offenbar auch ohne den vormaligen Wagenknecht-Flügel innerhalb der LINKEN schwerwiegende strategische Differenzen, persönliche Animositäten zwischen Führungskräften und organisationspolitische Dysfunktionalitäten bestehen. Wir sind gegenwärtig, im Bild bleibend, mindestens im Status einer möglichen verschleppten politischen Insolvenz und der Gefahr der politischen Zwangsinsolvenz. Dabei würde die Fortführung des Geschäftsbetriebs in Frage stehen.

Gegenwärtig entsteht eine Vielzahl von Strategiepapieren. Die »[Zeitschrift Luxemburg](#)« bietet die Plattform für eine Strategiedebatte. In der Ausgangsbeschreibung sind sich aus meiner Sicht die meisten Autor:innen einig, in der Ursachenbeschreibung bestehen bereits erhebliche Differenzen und beim Ausblick auf die künftigen Notwendigkeiten gehen die Überlegungen weit auseinander. Ein Kommentar zu einer früheren Fassung dieses Papiers widerspricht meiner Wahrnehmung:

„für die Tiefe der Krise der Linken sind es m.E. erstaunlich wenig öffentlich gewordene Papiere, denen man zudem deutlich ihre Verstricktheit in die Vergangenheit der Partei anmerkt, weshalb sie auch mit Blick auf die Zukunft so wenig aussagen. Es ist ja noch keine Analyse, und so lese ich den überwiegenden Teil des Papierstapels anderer, die zum 342. Mal festzustellen, dass der Karren im Dreck steckt und das schon länger und man deshalb mal reden müsste. Worüber? Das bleibt vage oder Teil von höchstens parteiologisch verständlichen Rastern: Friedensfrage! Osten! Über den Tellerrand geblickt sehe ich auch keine wirklich lebendige Debatte der gesellschaftlichen Linken - es geht ja nicht nur »uns« schlecht.“

Beides, weder meine Einschätzung noch die Kritik daran, ist eine gute Basis für einen Insolvenzplan. Der scheitert vor allem dann, wenn an längst überholten Geschäftsmodellen festgehalten wird oder Produkte nach denen niemand mehr fragt, neu aufgelegt werden sollen und zudem das Betriebsklima zerrüttet ist.

„Olympia Schreibmaschinen« in Wilhelmshaven befand einst, der Computer werde keine Konkurrenz für die bewährte Schreibmaschine sein. Heute siedeln auf dem ehemaligen Fabrikgelände neue Firmen aus anderen Branchen. Start-up würde man sie nennen. DIE LINKE sollte sich deshalb kein Beispiel an »Olympia Schreibmaschinen« nehmen und versuchen, wieder elektronische Schreibmaschinen auf den Markt zu werfen“, kommentierte Paul Wellso zu einer früheren Fassung dieses Papiers.

Aus der »politischen Insolvenz« in Eigenverwaltung erfolgreich herauszukommen, bedeutet also einen Bruch. Radikal und kompromisslos. Auf die früher erfolgreichen Evergreens, Alleinstellungsmerkmale und die anderen verschiedenen »Zurücks« können wir nicht mehr vertrauen.

DIE LINKE muss sich als politisches Start-up verstehen. Neues Selbstverständnis, neues »Geschäftsmodell« und neue, insbesondere auch digitale Arbeitsweisen bei ernsthafter Gemeindegemeinschaft². Das Ganze beginnt bei der Frage: Wer wollen wir als DIE LINKE künftig sein und für bzw. mit wem? Zur Erinnerung – die Frage muss nach vorn gerichtet beantwortet werden, nicht als legitimierender Rückgriff auf die verschiedenen »Zurücks«. Denn die führten in die politische Insolvenz, aus der herauszukommen, das Ziel ist. Deshalb scheiden zwei »Geschäftsmodelle« aus:

² Der Gedanke einer ernsthaften und neuen Gemeindegemeinschaft, also Arbeit mit der eigenen Basis, die hier angelehnt an den in Kirchen üblichen Gemeindebegriff verwendet wird, kann in diesem Text nicht umfassender ausgeführt werden. Weiterführende Überlegungen lassen sich ableiten aus den Arbeiten von »[More in Common](#)«.

- 1) Der Versuch, sich als eine Art politisch-linkes Franchise zu verstehen und eklektizistisch die jeweils gerade populäre linke Formation (KPÖ in Graz und Salzburg; Nouveau Front Populaire; Partij van de Arbeid van België etc.) zu kopieren, wird nicht erfolgreich sein. Jede Situation ist konkret und politische Praxen entstehen aus jeweils spezifischer politischer Kultur, Rechtsrahmen etc.
- 2) Das Bemühen, in die »Unternehmensnachfolge« einer anderen Partei einzutreten. Ich beschreibe weiter unten, warum dies in der Vergangenheit nur partiell tragfähig, langfristig Teil des Problems, statt der Lösung war und sich seit dem Eintritt des BSW in das Parteiensystem endgültig erübrigt hat.

Abgeschlossen wird die Insolvenzphase dann, wenn es entweder - im Erfolgsfall - eine neue Partei DIE LINKE gibt, oder - im worst Case - das Ende der Sackgasse erreicht ist. In dem einen wie dem anderen Fall ist die Insolvenzphase ein kontrolliertes politisches Degrowth in der Erwartung, dass anschließend erneut gewachsen werden muss.

Erst hatten wir kein Glück, dann kam auch noch Pech dazu und die Talsohle ist noch nicht erreicht.

Zunächst einmal bleibt aber festzuhalten: Die Talsohle ist noch nicht erreicht. Im Gegenteil. Vor uns liegt eine noch schwierige Zeit. Alle, die den Blick auf den Bundesparteitag im Oktober richten, müssen sich klar sein: Es wird schlechter werden, bevor es möglicherweise besser wird. Umso mehr sind Forderungen nach personellen Konsequenzen hohles Pfeifen im Wald. Vorgetäuscht wird eine Lösung, die es auf diese Weise nicht gibt. Faktisch wollen diejenigen, die nun Köpfe rollen sehen wollen und ansonsten eine Renaissance des Ostens fordern, einmal gründlich im „Olympia Schreibmaschinenwerk“ durchwischen um dann weiterzumachen wie bisher – „Computer und Internet? Das setzt sich nicht durch!“ Sehen wir deshalb der Situation ins Auge:

Im Frühjahr 2022 lautete meine Hoffnung und Prognose (kursiver Text):

„Die Landtagswahl im Saarland ist gelaufen. Die kommenden Landtagswahlen sind im Mai in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. In Schleswig-Holstein wurden wir zuletzt nicht einmal mehr als Partei gesondert ausgewiesen, sondern unter »Sonstige Parteien«, die zwischen Nord- und Ostsee dadurch auf einen Wert von 8 Prozent kommen, subsummiert. [...] Nach dem Bundesparteitag steht im Herbst die Landtagswahl in Niedersachsen an. Dort wollen wir besser dastehen, als wir es derzeit tun.“ [Hoff, 2022]

Im Saarland stürzten wir von 12,8 Prozent (2017) auf 2,6 Prozent ab. Nachdem wir 2010 mit 5,6 Prozent erstmals im Landtag NRW vertreten waren, halbierten sich unsere Werte bei der vorgezogenen Landtagswahl 2012, an der wir durch das nicht bis zum Ende gedachten Agieren bei den Haushaltsberatungen maßgeblichen Anteil hatten, auf 2,5 Prozent. Bei der Wahl 2017 fehlten nur rund 7.000 Stimmen (4,9 Prozent) für den Wiedereinzug in den Landtag. Aber 2022 lag die Partei wiederum bei mageren 2,1 Prozent. In Schleswig-Holstein erreichten wir gerade einmal 1,7 Prozent und einige Monate später im Herbst 2022 bei der Landtagswahl in Niedersachsen 2,7 Prozent.

„Im kommenden Jahr streben wir die Fortsetzung der rot-grün-roten Regierung in Bremen an und wollen weitere vier Jahre erfolgreiche linke Stadtpolitik gestalten. In den hessischen Landtag wollen wir erneut einziehen, um zu zeigen – in Stadt und Land ist linke Politik nötig.“ [Hoff, 2022]

Tatsächlich gelang es in Bremen im Frühjahr 2023 mit einem furiosen Wahlkampf und der Betonung, dass in Bremen die Bremer Linke gewählt wird, die Verluste auf 0,4 Prozentpunkte gegenüber 2019 zu begrenzen und weiterhin als Teil einer rot-grün-roten Regierungskoalition Stadtpolitik zu gestalten. Noch offen ist, ob dies die Annahme stärkt, DIE LINKE sei eine Partei der Großstädte, nicht des ländlichen Raums oder ob der Wahlerfolg vor allem der spezifischen Bremer Linie zuzuschreiben ist.

Zwischenzeitlich war zum Jahresbeginn 2023 bereits in Berlin die verfassungsgerichtlich angeordnete Wiederholungswahl durchgeführt worden, bei der die Landespartei, ebenfalls mit dem Fokus auf die Berliner Linke 1,9 Prozentpunkte gegenüber der Wahl zwei Jahre zuvor und zwei Mandate abgeben musste. Der bedeutsamere Einschnitt bestand vielmehr in der SPD-Entscheidung, auf das Rote Rathaus zu verzichten, um – trotz rechnerischer Mehrheit für die Fortsetzung des rot-grün-roten Senats – nunmehr als Juniorpartner einer schwarz-roten Koalition tätig zu sein.

In Hessen verloren wir im vergangenen Herbst die letzte verbliebene westdeutsche Landtagsfraktion in einem Flächenland aufgrund der Halbierung des Wahlergebnisses gegenüber 2018 (6,3 Prozent) auf nunmehr 3,1 Prozent.

Am 6. Dezember 2023 löste sich die bis dahin bestehende Linksfraktion im Deutschen Bundestag auf, nachdem Sahra Wagenknecht und neun weitere Mitglieder bereits im Herbst ihren Austritt angekündigt hatten.

„Übernächstes [inzwischen nächstes] Jahr finden in vielen Ländern Kommunalwahlen statt und das Europaparlament wird gewählt. Bis dahin sollten wir zeigen, dass wir als pro-europäische linke Partei stärker werden können und wollen, als wir es heute sind. Mit dem Rückenwind dieser Wahlen starten wir in die drei ostdeutschen Landtagswahlen Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Stärker werden als 2019 und erneut in Thüringen den Ministerpräsidenten zu stellen – so lauten unsere Ziele für 2024.“ [Hoff, 2022]

Das im Januar 2024 gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) erreichte bei der Europawahl nur ein knappes halbes Jahr später 6,17 Prozent. DIE LINKE. halbierte ihr Ergebnis um 2,76 Prozentpunkte und erreichte 2,74 Prozent. Das sind 0,07 Prozentpunkte mehr als auf die Freien Wähler und 0,27 Prozentpunkte mehr, als auf die Partei VOLT entfielen.

Prognosen zu den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg sehen – erstmals seit 1990 – DIE LINKE nicht mehr im Landtag. In Sachsen könnte die Grundmandatsklausel, sofern in Leipzig zwei Direktmandate errungen werden, das völlige Ausscheiden aus dem Landtag vermeiden. In Thüringen würde sich im gegenwärtigen Umfrage-Worst-Case das Ergebnis der LINKEN halbieren. Ob sie einer weiteren Landesregierung angehören kann, ist gegenwärtig nicht ausgemacht.

In schlechtesten Fall würde zum Parteitag im Oktober 2024 und elf Monate vor der Bundestagswahl DIE LINKE noch in fünf von sechzehn Landtagen vertreten sein, drei davon Stadtstaaten, und in zwei Landesregierungen (Bremen und Mecklenburg-Vorpommern).

„Und auf dieser Grundlage starten wir dann in das Bundestagswahljahr 2025, bei dem wir gern wieder drei und mehr Direktmandate erhalten, aber die fünf Prozent für uns keine Hürde mehr ist, weil wir aufgestanden sind und es besser gemacht haben als bislang.“ [Hoff, 2022]

In der Hamburger Bürgerschaft, die im kommenden Jahr gewählt wird, macht die dortige Linksfraktion eine anerkannt exzellente Arbeit, dennoch sind inzwischen drei Abgeordnete aus der Fraktion ausgetreten.

Auf Bundesebene wurde inzwischen durch die Ampel das Wahlrecht novelliert, womit die Direktmandatsklausel, die 1990 und 1994 sowie 2021 das bundesparlamentarische Überleben der Partei garantierte, nicht mehr existiert. Zusätzlich erklärte Gesine Löttsch, bislang Stimmengarantin in Berlin-Lichtenberg, zur kommenden Bundestagswahl nicht mehr anzutreten, der ursprünglich linke Oberbürgermeisterin aus Frankfurt/Oder ist ausgetreten, die frühere linke Eisenacher Oberbürgermeisterin inzwischen Spitzenkandidatin des BSW.

Wie wenig ist genug? Schrumpfung vs. noch nie vorhandene Ressourcen.

Infolge der Stimmenverluste bei den vergangenen Wahlen zu den Landtagen im Saarland, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Berlin, Bremen und Hessen sowie bei der Europawahl schränken sich die finanziellen und sächlichen Ressourcen der Partei erheblich ein. Bekanntlich basiert die staatliche Parteienfinanzierung auf zwei Hauptelementen:

- 1) Stimmenabhängiger Finanzierung: Parteien erhalten Mittel basierend auf den bei Wahlen erzielten Stimmen, wobei grundsätzlich jede gewonnene bzw. verlorene Stimme einem Euro entspricht.
- 2) Zuschüssen für Mitgliedsbeiträge und Spenden: Parteien erhalten Zuschüsse für ihre Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

Es kann durch einfache Multiplikation der verloren gegangenen Stimmen bei den vergangenen Wahlen, einschließlich der Bundestagswahl 2021, mit dem Euro-Betrag ermittelt werden, in welcher Höhe die Parteienfinanzierung für DIE LINKE bereits abgesunken ist und künftig absinken wird.

Weniger Abgeordnete bedeuten zugleich ein Ausdünnen bis zum völligen Verlust örtlicher Präsenz und Anlaufpunkte, womit Vernetzungs- und Handlungsmöglichkeiten versiegen.

Dem kann entgegengehalten werden, dass in vielen westdeutschen Regionen abseits der politischen Metropolen, von wenigen Bundestagsbüros abgesehen, noch nie eine aus parlamentarischer Repräsentanz abgeleitete Infrastruktur vorhanden war und dennoch Parteiarbeit geleistet wird. Erneut Paul Wellsow in seinem Kommentar an mich:

„Nach 3-4 Jahren stellt sich die Erfahrung mit einer kleinen Parteiorganisation anders dar, als man sie nach 10-15 Jahren in Thüringen und den Strukturen einer Regierungspartei gewohnt ist. Auch nur je 2-4 Mandate in Stadtrat und Kreistag machen einen Unterschied für die Stadt und die Region aus, obwohl man von einer Mehrheit oder festen Bündnissen meilenweit entfernt ist. Ein bis zwei gute Leute sind in der Lage, in einem ehrenamtlichen Gremium Punkte zu setzen und progressive Beschlüsse herbeizuführen.“

Auch eine kleine Parteiorganisation, die sich einigermaßen einig ist, kann in der Lage sein, auch im ländlichen Raum wahrnehmbar zu sein und progressive Menschen zu sammeln. Im städtischen Raum erst recht. Es braucht etwas Geld, ein Büro und ausreichend Engagierte, von denen einige über das nötige politische und organisatorische Talent verfügen, damit der Laden zuerst in stabiler Seitenlage und dann entwicklungsfähig ist.“

Kritisch wird dagegen von anderer Seite eingewandt:

„Ganz eindeutig: „jein“! Zwar mag ich die von Paul skizzierten Vorzüge einer kleinen, dafür aber kommunal umso schlagkräftigeren Partei durchaus zu sehen. Fakt ist doch aber auch: aus dieser – mithin eher instabilen – Seitenlage wieder soweit auf die Beine zu kommen, dass man überregional eine Rolle spielen könnte, wird unfassbar schwierig. Uns fehlt dafür an vielen Stellen und Orten bislang das einschlägige Know-how. Wie befähigen wir [junge] Kommunale, sich ein – persönlich und fachlich grundiertes – Standing aufzubauen, dass mittel- und langfristig zu einer – auch hauptamtlichen - Verankerung in der Region führen kann?“

Sollte DIE LINKE weiterhin bestehen, wird diese Beschreibung eine gemeinsam geteilte Erfahrung außerhalb der Städte sein, und wir Ostdeutschen werden uns diese Erfahrungen aneignen müssen.

Die zweifelsfrei rapide kleiner werdenden Ressourcenspielräume zwingen alle Autor:innen der verschiedenen Strategiepapiere dazu, die von ihnen formulierten Notwendigkeiten des gegenwärtigen und künftigen Tuns (vgl. beispielhaft die [Überlegungen von Daphne Weber](#) zur Fokussierung auf die bevölkerungsreichen urbanen Regionen Westdeutschlands), ins Verhältnis zu den künftig tatsächlich zur Verfügung stehenden Ressourcen zu setzen. Von Thomas Falkner stammt die Marxsche Paraphrase: „Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Kassen ergreift.“

Kein Konsens über aus Tradition gespeiste Identität, politische Praxis und Zielsetzung

In der Zeitung »ak – analyse & kritik«, Nr. 705, formuliert Nelli Tügel im Beitrag »Das war die Linke«:

*„Klar, es lässt sich jetzt mit dem Finger auf die verhassten Wagenknechte zeigen – die sind schuld, dass treue Alt-Unterstützer*innen, die die Linke aus Loyalität weitergewählt hätten, nun weg sind. Aber die Ergebnisse zeigen vor allem, dass es gerade dort, wo die Partei einst ihre Bastionen hatte, viele Menschen gibt, die sie nicht trotz, sondern gerade wegen Politiker*innen wie Wagenknecht und dem, wofür sie eben stehen, gewählt haben. Und dass das viel mehr Menschen sind als jene Linken, die stets gesagt haben, sie könnten die Partei erst dann unterstützen, wenn Wagenknecht weg ist. [...] Nein, es ist schon gut, dass die Trennung vollzogen wurde, wenn auch Jahre zu spät. Es gibt kein Zurück. Aber manchmal ist es schon etwas wert, den Status quo zu beschreiben – ohne Beschönigungen, ohne Voluntarismus, ohne Arroganz.“ (Tügel 2024: 1)*

Will DIE LINKE aus der politischen Insolvenz in Eigenverwaltung erfolgreich herauskommen, muss sie fähig sein, miteinander statt gegeneinander zu arbeiten. An einem Strang zu ziehen, darf nicht weiterhin Tauziehen um Einfluss und den Anspruch absoluter Wahrheiten, bei Verächtlichmachung der anderen sein. Aus meiner Sicht wäre es dazu notwendig, dass DIE LINKE über Gemeinsamkeiten verfügt, die nicht durch Parteitagsbeschlüsse und programmatische Kompromisse hergestellt werden, sondern durch historische Bezugspunkte (woher wir kommen und was unsere Identität ausmacht), durch eine gemeinsam getragene politische Praxis (wie wir arbeiten, mit wem und für wen wir tätig sind) und übergreifende Zielvorstellungen (wohin wir wollen und welche Wege wir dazu nutzen), die auch und insbesondere in Krisenzeiten tragfähig sind.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Frage, um welches Feuer wir uns gemeinsam versammeln können, welche Geschichten wir uns erzählen und um die Flamme, die wir bewahren und die den linken Glutkern immer wieder entflammt.

Horst Kahrs beschrieb bereits im [Magazin PROKLA, Heft 209](#) aus dem Dezember 2022, die empirische Ausgangslage ausführlich und zutreffend. Es erscheint mir notwendig, diese Gedanken nachstehend ausführlicher zu zitieren.

Die aus der SED reformierte PDS war stark geworden, als „ostdeutsche Regionalpartei, die DDR-Erwerbsbiografien und Lebenswege gegen westdeutsche Dominanz und Arroganz verteidigte. Sie griff die Kränkung vieler Ostdeutscher auf, dass ihre Lebensgeschichte für die westdeutsche Mehrheit irrelevant war, und forderte nicht zuletzt in der langanhaltenden ostdeutschen Transformationskrise eine schnellere Angleichung der Lebensverhältnisse.“ (Kahrs 2022: 594)

Sie war insoweit so etwas wie der postkommunistische Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Die WASG von Oskar Lafontaine wiederum war überwiegend geprägt von traditionellen sozialdemokratischen Sozialstaatspositionen und zielte im Kern darauf ab, dafür Sorge zu tragen, dass die SPD wieder zu sozialdemokratischen Werten zurückkehrt.

„Das Gemeinsame beider Wahl-Bewegungen [der PDS und der WASG] war nicht die Zustimmung zu den demokratisch-sozialistischen Zukunftshoffnungen der Parteiprogrammatik oder die Unterstützung für entsprechende Transformationskonzepte und Forderungen, sondern »gebrochene Versprechen und verletzte Ansprüche« (Beck/Westhäuser 2022: 5), von denen man glaubte, sich in der Vergangenheit nach Maßgabe dominierender Moralökonomien Anrechte darauf erworben zu haben. Hierzu zählten Erwartungen wie die, durch eine stetige (Lohn-)Arbeiterbiografie soziale Sicherheiten auch für das Alter aufbauen zu können; dass Leistung sich auch nach körperlicher Anstrengung und nicht nach Markterfolg bemesse; ebenso, dass im Laufe des Erwerbslebens etwas aufgebaut werden könne, seien es der soziale Status oder materielle Güter, das staatlich geschützt sei. Im Osten fanden in den 1990er- und im Westen in den 2000er-Jahren entsprechend Angriffe auf die »Lebensleistung« und ein gesellschaftliches Ordnungssystem der Arbeit statt, das als verlässlich gesicherte Basis für die Lebensplanung gegol-

ten hatte. Die Bewegung gegen die »Agenda 2010«-Politik barg für die Fusionspartei als möglichen gemeinsamen Nenner, die über Jahrzehnte entstandene Gewissheit unter Lohnarbeitenden zu verteidigen, dass der Sozialstaat auf jeden Fall den Arbeitnehmerstatus wahren würde. Die Erwartungen waren auf Wiedergutmachung beziehungsweise Wiederherstellung gerichtet.“ (Kahrs 2022: 595)

Die 2002 auf Bundesebene klinisch tote PDS, aber in den ostdeutschen Ländern noch hochvitale Partei, erhielt durch die WASG 2004 eine unverhoffte Frischzellenkur und als DIE LINKE ab 2005/2007 eine bundesweite Ausstrahlung. Zugleich bildete das ostdeutsche Schmuddelimage weiterhin eine Expansionsbremse nach Westen.

Horst Kahrs weist zu Recht daraufhin, dass Stimmen der Unzufriedenheit von einer anderen Partei abzuwerben, eine Zeitlang funktionieren kann. Es baut aber keine eigene Identität auf, wenn der Parteizweck vorrangig darin bestehen soll, nicht um ihrer selbst willen zu bestehen, sondern als Mittel für einen fremden Zweck (596).

Ich spitze diesen Gedanken zu: PDS und WASG hätten im Prozess der Parteibildung die strategische Entscheidung treffen können, sich als zeitgenössische USPD zu verstehen. Die Aufgabe wäre in diesem Sinne klar benannt: Eine Wiedervereinigung der Parteien zu einem Zeitpunkt, ab dem die Linkswende der SPD abgeschlossen und eine Reintegration denkbar wäre.

Dagegen spricht: Bis 2009 waren die Vorbehalte zwischen beiden Parteien – im Westen gegenüber der früheren PDS und den Lafontainisten, im Osten vor der Ex-SED (noch) zu groß. In der LINKEN stellten die radikale Ablehnung und stetige Entlarvungsbemühungen jeder tatsächlichen oder vermuteten Rechtsentwicklung der SPD so etwas wie den Mindestkonsens zwischen den Flügeln und Personen dar.

In der PDS wiederum dominiert(e) ein aus der kommunistischen Traditionslinie und der DDR-Geschichtsschreibung entstammendes Bild der Sozialdemokratie. Es bot für eine positive Bezugnahme auf die SPD wenig Raum, stattdessen dominierte das Bild der „Verräter“. Dies wiederum kontrastierte mit dem Bemühen der PDS-Reformer:innen um rot-rote Koalitionen mit der SPD auf allen Ebenen. Und es stellt sich die Frage, ob es die PDS in dieser Form überhaupt gegeben hätte, wäre in der SPD der bis heute nachvollziehbare Beschluss, keine SED-Mitglieder aufzunehmen, nicht getroffen worden.

In den der SPD entstammenden WASG-Mitgliedschaften sowie bei denjenigen, die in Westdeutschland in kommunistischen bzw. linkssozialistischen Traditionslinien und Organisationen der Öko-, Frauen- und Umweltbewegung sozialisiert worden waren bzw. ursprünglich den Grünen angehörten, war ein positiver Bezug auf eine mögliche linksgewendete SPD als strategischer Zielort ebenso außerhalb der Vorstellungskraft.

Alle anderen Parteien, ob die Unionsparteien, die Liberalen oder SPD und Grünen, verfügen über eine gemeinsame Geschichtserzählung, die nicht von Widersprüchen, Schattenseiten, großen Irrtümern und Niederlagen frei ist, aber ihnen gehört und schon deshalb erfolgreich war, weil sie in die jeweilige Gegenwart führte. Ob diese Geschichte für die Unionsparteien bei Adenauer beginnt und über Helmut Kohl bis in die Gegenwart führt oder bei der SPD mit dem Stolz darauf, älteste Partei zu sein, im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt, die Zwangsvereinigung mit der KPD abgelehnt, aber die Entspannungspolitik mit Willy Brandt eingeleitet zu haben.

Eine gemeinsame Herkunftsgeschichte, aus der sie Selbstbewusstsein und Identität ableiten konnte, blieb der PDS im Vergleich dazu verwehrt. Sie war und ist hin- und hergerissen zwischen dem Gründungskern des den Stalinismus aufarbeitenden SED-Sonderparteitags einerseits und der Haltung „es war nicht alles schlecht in der DDR“ andererseits. Radikale Oppositionsgeste vs. Regierungsbereitschaft gehören zu den Dauerkonflikten der Partei. Dies wirkt sich auch auf die Bewertung des Engagements vor Ort aus. Kommunalpolitik wurde als „Einfallstor der Reaktion“ denunziert, der soziale Bündnisse von Unten entgegengesetzt wurden, statt das eine mit dem anderen zu verbinden. Die

Ost- und Westtraditionen ihrer Mitglieder standen so unvermittelt nebeneinander, wie der gesellschaftliche Ost-/West-Diskurs bis heute verkümmert ist. Nicht zuletzt waren Außen- und Friedenspolitik stets umkämpfte Felder zwischen normativen Auffassungen und dem realistischen Blick auf tatsächliche Erfordernisse.

Johannes Häfner bemerkt dazu:

„Hier berührst du m.E. den eigentlichen Punkt, so spannend Deine Überlegungen zu einer – historisch begründeten – Identität der LINKE auch sein mögen. Eine Art Meistererzählung der Partei braucht es – so denke ich – kaum. Der geteilte Antifaschismus sowie der grundsätzliche Konsens hinsichtlich einer gerechten Sozial- und Wirtschaftspolitik vermögen m.E. durchaus genügend Kohäsionskraft innerhalb der Partei zu entfalten. Diese geteilten Identitätsressourcen vermögen aber nicht die Kluft in Fragen der Außen- und Friedenspolitik sowie nach der Übernahme von Regierungsverantwortung zu überbrücken. Ich denke: wir haben weniger ein Identitäts- als vielmehr ein programmatisch-inhaltliches Problem.“

Aus meiner Sicht geht es freilich weniger um eine »linke Meistererzählung«. Ich bin überzeugt davon, dass eine progressive, eine linke Bewegung nicht ohne Geschichte ihre Gegenwart erkennen und die Zukunft gestalten kann. Jens Kastner/Lea Susemichel erinnern in einem [Beitrag über linke Identitätspolitik](#) daran, dass das Bewusstsein, nicht eine Klasse *an sich* zu sein, sondern eine Klasse *für sich* zu werden, Ergebnis von Identitätspolitik war: „Die Geschichte der emanzipatorischen Identitätspolitik muss also mit der ArbeiterInnenbewegung, oder allgemeiner, den ArbeiterInnenbewegungen ansetzen. Denn Klassenpolitiken sind immer auch Identitätspolitik. Das wussten auch schon die TheoretikerInnen der frühen ArbeiterInnenbewegung.“

Die Fusion der PDS mit der WASG löste das beschriebene Dilemma nicht auf, sondern verstärkte die Identitätskrise vielmehr. Nunmehr überlagerten sich die für die ostdeutschen PDS-Mitglieder erneut infrage gestellte Ost-Identität und verletzter Stolz über die von Lafontaine u.a. geringgeschätzte politische Lebensleistung der PDS seit 1990 mit dem gebrochenen Selbstbild der Ex-Sozialdemokraten der WASG.

Auf dem Göttinger Parteitag 2012 eskalierten die ungelösten innerparteilichen Strategie- und Identitätskonflikte und wurden – um zu vermeiden, dass ein solch selbsterstörerischer Konflikt sich wiederhole – seither verwaltet, mit Formelkompromissen überdeckt. Im Übrigen belauerten sich seither die beiden Machtzentren Parteiführung und Fraktionsführung in wechselnden Konstellationen gegenseitig, womit kohärente Politik- und Strategiebildung unterblieb.

Kahrs legt dar, dass DIE LINKE nach 2009 keinen Begriff etablieren konnte, unter dem sich linkswählende Menschen positiv wiederfinden, identitär angesprochen und sich selbst von der LINKEN erkannt, tatsächlich gesehen konnten:

*„In der Wählerschaft der LINKEN kamen 2009 unterschiedliche sozialmoralische Milieus, moralische Ökonomien der Arbeiter*innen- und unteren Klassen zusammen, die sich gleichwohl fremd waren und blieben. Die einen waren Klientel der (Armen-)Fürsorge, die anderen verfügten über Solidaritäts-Ansprüche in der (Arbeiter-)Versicherung, die durch Beiträge vom Lohn erworben waren. »Hartz IV« tilgte mit der Arbeitslosenhilfe die tradierte sozialmoralische Trennlinie zwischen armen Arbeiter*innen und Almosenempfänger*innen und drohte mit dem schnellen Abstieg vom Arbeitnehmer-Status zur Fürsorge-Empfängerin, die zunächst ihre Rücklagen für das Alter aufbrauchen solle.“ (Kahrs 2024: 600)*

*„Die Wähler*innen, die DIE LINKE 2005 und 2009 stark machten und bis 2017 das elektorale Rückgrat ihrer Wahlergebnisse bildeten, verfolgten mit ihrem Kreuz für die Partei nicht die Absicht, die Systemfrage im antikapitalistischen Sinn zu stellen. Ihnen ging es um die Fortsetzung einer sozialstaatlichen Politik, die ihre Erwerbsbiografien, ihren sozialen Status und ihre gesellschaftlichen Wert- und Ordnungsvorstellungen schützte und verteidigte, die enttäuscht von der Schröder-Sozialdemokratie die Lafontaine-Sozialdemokratie von 1998 wählten, in der Hoffnung, so politischen Druck ausüben zu können.“ (ebd: 602)*

„Ein neues soziales Rückgrat im Sinne einer überdurchschnittlichen Zustimmung konnte sich in der Wählerschaft der LINKEN bisher nicht herausbilden. Ein Grund dafür könnte darin liegen, dass es keine Problemwahrnehmung mehr gibt, die soziale Schichten übergreift und gesellschaftlich dominiert, wie zu den Gründungszeiten der Partei. Sozialer Pluralisierung entsprach im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts eine Pluralisierung der »wichtigsten Probleme«, die zu lösen seien.“

„Laut dem ZDF-Politbarometer beherrschte im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts »Arbeitslosigkeit« und die damit zusammenhängenden Fragen nach sozialer Gerechtigkeit die abgefragte Problemwahrnehmung. Ab 2010 sank ihre Bedeutung, andere Probleme nahmen zu. Zwischenzeitlich dominierten »Ausländer, Migration und Flucht«, dann die Coronapandemie, aktuell der russische Krieg und die Energiekrise. Das sind alles Themen, auf die DIE LINKE angesichts ihrer Geschichte nicht vorbereitet war, die in ihrer Wählerschaft durchaus kontrovers beurteilt wurden und die somit Mut und Fähigkeit zur offenen Diskussion erfordert hätten.“ (ebd: 603)

Das BSW muss sich diese Fragen nicht stellen. Seine Geschichte beginnt mit dem radikalen Bruch.

Aus meiner Sicht wird das BSW von »den Bürger:innen« als eine im weiten Sinne sozialdemokratische Partei gelesen. Gemeint ist damit ein mit der herkömmlichen »alten« Sozialdemokratie assoziiertes korporatistisches Modell. Als Mischung aus ständischer Statussicherung und dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit. Also dem exklusiven Modell sozialer Gerechtigkeit, das auf der Idee basiert, soziale Rechte an die Erfüllung bestimmter Pflichten, insbesondere die Arbeitsleistung, zu koppeln. Wer diese Pflichten nicht erfüllt, hat möglicherweise nur eingeschränkten Zugang zu sozialen Leistungen (»Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen«).

Unabhängig von der Selbstbeschreibung des BSW sehen die Wähler:innen m.E. etwas in diesem neuen Bündnis, das es in dieser Form nicht oder nur in der Wahrnehmung der dänischen Sozialdemokratie gibt (vgl. auch [Janis Ehlings Erklärungsansätze](#) für die Attraktivität des BSW im Osten; umfassend zu dem Thema natürlich Steffen Mau 2024): Eine protektionistische Sozialpolitik mit hartem Migrationsregime und eher konservativer Gesellschaftspolitik. Eigentlich mehr CDA als SPD.

Damit bestehen faktisch drei Parteien der erweiterten Sozialdemokratie in der Bundesrepublik: Die SPD, in meiner Lesart auch das BSW und – obwohl sich viele in der Partei so nicht einordnen würden/wollen – DIE LINKE. Für letztere immerhin entfällt durch das BSW die jahrelange Entscheidungsfrage, ob man sich als Korrektiv für enttäuschte SPD-Wähler:innen sieht oder nicht. Denn diese Funktion übernimmt nun das BSW. Für enttäuschte Grünen-Wähler:innen gibt es mit Volt ebenfalls ein aus dieser Perspektive plausibles Angebot, das ideologisch weniger Wahlhürden als DIE LINKE bietet.

Das BSW kann sich klar in den drei gesellschaftlichen Spaltungslinien positionieren und das unverfälschte, von jeglichem Kompromiss reine, Neue repräsentieren:

- 1) Multikulturalisten vs. Identitäre
Fragen:
 - Kultur und Identität,
 - Migration,
 - Rolle des Islam,
 - z.T. gesellschaftliche Herausforderungen/Ökologie
- 2) Volk vs. Elite
Fragen:
 - Stellung zum System,
 - radikale Veränderung vs. Stabilität
- 3) Sozialstaatsverfechter vs. Marktliberalismus

Die Endlichkeit unserer Lebensweise verlieren aber eine Welt zu gewinnen

Tom Stroh Schneider plädiert in kritischen Bemerkungen zu einer Entwurfsfassung dieses Papiers für die Betrachtung einer vierten gesellschaftlichen Spaltungslinie, die er »Heute vs. Morgen« nennt:

„[...] das »planetare Paradigma« rahmt jede andere politische Fragestellung unserer Zeit, es geht diesen in einer Grundsätzlichkeit voraus, die wir lange ignoriert haben; im Grunde wissen das auch alle, weil sie mindestens eine kleine Ahnung jener »politischen Physik« haben, die dringend neben die »politische Ökonomie« gestellt werden müsste. Oder anders gesagt: Jeder Ansatz, der auf einen Modus sozialer Integration baut, welcher im Grunde weiter darauf basiert, fossilistisch produzierte Wachstumszuwächse nach bestimmten Kriterien umzuverteilen, ist im klassischen Sinne links aber »planetar reaktionär«.

Linke Politik verfolgte in den vergangenen 200 Jahren zwei Kernziele: die Beteiligung der Einzelnen an den Entscheidungen über die gemeinsamen Angelegenheiten zu erweitern und die Verteilung des auf gemeinsame Voraussetzungen angewiesenen Produktionsertrags zu verbessern, zu egalisieren. In den nächsten 200 Jahren wird linke Politik die Scherben davon aufkehren müssen. Das ist eine bittere Pointe. Es wird darum gehen, die Betroffenheit der Einzelnen von den Folgen der planetaren Krise nach normativen Kriterien (Gleichheit, Freiheit, Kooperation) zu gestalten. Insofern ist »Resilienz« vielleicht gar kein »Modebegriff«, sondern der Modus kommen der Gesellschaftlichkeit. Es wird mit Philipp Staab gesprochen um die politische Gestaltung von »Anpassung« gehen, viel weniger um das, was bisher den Beat der Geschichte ausmachte: Höherentwicklung, Fortschritt usw. – und ja, aus der Verteilung des auf gemeinsame Voraussetzungen angewiesenen Produktionsertrags wird eine ganz neue Verteilungsfrage sein: eine in der es um die Verteilung des »Weniger« gehen wird, um Schrumpfungsprozesse, um Fragen einer planetar angemessenen, ganz anders gedachten »linken Austerität«, um Fragen der »ökologischen Klasse«, worin solche der politischen Kooperation inkludiert sind.

Linke Politik kann vor diesem Hintergrund nicht mehr in den Registern eines produktivistischen Progressismus gedacht werden; dies weder programmatisch (weitere Perspektive) noch realpolitisch (Tagespolitik).“

Dass dies in der konkreten Umsetzung wesentlich komplizierter ist, als es sich aufschreibt, ist Tom Stroh Schneider (hier finden sich [weitergehende Überlegungen](#) von ihm und Horst Kahrs) bewusst, weshalb er ergänzt, dass wir als LINKE den daraus abzuleitenden Ansatz selbst bisher nicht sehen und auch die Pointen – nicht zuletzt mit Blick auf das BSW – fürchten, „die in Diskussionen führen, die wohl auch schon zu blockiert sind (Wachstumsfrage) usw.“.

In einem Beitrag für die ZEIT, auf den ich etwas weiter unten noch einmal eingehe, formulierten Carsten Brosda und ich im Sinne der Heute-Morgen-Konfliktachse, dass rechte Rückschrittsfantasien in Deutschland an Zustimmung gewannen, als die Politik unter Angela Merkel begann, die Verwaltung und Optimierung des Erreichten als primäres Ziel zu formulieren.

Es verwundert nicht, dass die Kanzlerin arge Schwierigkeiten bekam, als sie in Folge externer Schocks dann doch zum Handeln über den Tag hinaus gezwungen wurde. Bis heute werfen ihr Konservative und Rechte den neuerlichen Atomausstieg und eine liberale, realistische Migrationspolitik („Wir schaffen das“) als Sündenfälle vor. Um keinen weiteren Widerstand zu erzeugen, begegnete sie eher schleichend verlaufenden ökologischen oder digitalen Wandlungsprozessen nicht mit ambitionierter Transformationspolitik, sondern kleinteilig reaktiv und bewahrend konservativ.

So ließ sich der Status quo eine Zeit lang sichern, aber die Wucht der jetzt eintretenden Veränderungen und ihrer sozialen und wirtschaftlichen Folgen ist umso größer. Während der Lösungsdruck der Transformationskonflikte stetig wächst, steigen zugleich die Verusterfahrungen und die Verunsicherung.

„Dabei treiben sich Parteien voran, die Transformationskonflikte als Kulturkämpfe aufladend und so blockierend, die technologisch angetriebene Affektisierung immer weiter verstärkend, den politischen Wettbewerb in eine Konkurrenz der Bewirtschaftung von Wut verwandelnd, die

von Parteien und Institutionen der Öffentlichkeit in einer durch Konkurrenzdruck geprägten Aufmerksamkeitsökonomie selbst immer weiter entfacht werden, um durch Lautstärke von Parolen die komplexe Umsetzungsprobleme klimapolitischer Notwendigkeiten zu übertönen.“
(Strohschneider-Kommentar)

Die verbreitete Sorge, dass es kommenden Generation schlechter haben werden als die vorhergehenden Generationen kollidiert mit dem Zweifel an den »Weiter so«-Versprechen und findet ihren Ausdruck in dem, was Steffen Mau als um sich greifende »Veränderungserschöpfung« bezeichnet.

Bereits vor zehn Jahren publizierte Heinz Bude das Buch »Gesellschaft der Angst«. Ich treffe, insbesondere in Thüringen, allorten auf Menschen, die mir ihre Besorgnis, ihre Angst ausdrücken. Vor einem Wahlsieg der Höcke-Extremisten, vor sozialem Abstieg, vor nicht zu bewältigenden Alltagsproblemen gelingender Migration aufgrund von schwachen Fähigkeiten zu lange reduzierter öffentlicher Daseinsvorsorge, vor Deportationsphantasien gegenüber Migrant:innen, auch davor nicht mehr öffentlich aussprechen zu dürfen was sie bewegt, vor Familienfeiern, auf denen die Risse, die durch die Gesellschaft gehen, sich am Esstisch verbreitern. Das Tischtuch zerschnitten ist.

Wie die Menschen ihre Besorgnis, ihre Angst ausdrücken ist unterschiedlich. Die einen mit leiser Stimme, andere fordernd, die Dritten wütend und schreiend. Ich selbst bin nicht frei von Angst. Im Gegenteil, gerade in diesem Wahljahr. In dem eine Wahl auch über die Zukunft unserer 1989 errungenen Demokratie entscheidet.

Heinz Bude sagt:

„Angst ist ein Begriff für das, was die Leute empfinden, was ihnen wichtig ist, worauf sie hoffen und woran sie verzweifeln. In Begriffen der Angst wird deutlich, wohin die Gesellschaft sich entwickelt, woran Konflikte sich entzünden, wann sich bestimmte Gruppen innerlich verabschieden und wie sich mit einem Mal Endzeitstimmungen oder Verbitterungsgefühle ausbreiten. Angst zeigt uns, was mit uns los ist.“

Wenn sich in Angst auch ausdrückt, was Menschen sich erhoffen, so sollten wir die Überzeugung vertreten, dass sich die Angst einzugestehen, nach deren Ursachen zu forschen bereits den Samen dafür legt, sich den Mut einzugestehen. Denn dies macht uns zu freien Menschen im Sinne von Heinz Bude:

„Freie Menschen sollen keine Angst vor der Angst haben, weil das ihre Selbstbestimmung kosten kann. Wer von Angst getrieben ist, vermeidet das Unangenehme, verleugnet das Wirkliche und verpasst das Mögliche. Angst macht die Menschen abhängig von Verführern, Betreuern und Spielern. Angst führt zur Tyrannei der Mehrheit, weil alle mit den Wölfen heulen, [...] sie kann panische Verwirrung der gesamten Gesellschaft mit sich bringen, wenn der Funke überspringt.“

Der »New Deal«, das Fortschrittsprogramm Theodor Roosevelts und Antwort auf die Große Depression, beruhte, so Bude, auf der Überzeugung, dem Gefühl der Angst die Überzeugung von Hoffnung und den Mut einer fortschrittlichen Idee entgegenzusetzen. Eine fortschrittliche und Hoffnung machende Erzählung ist kein »Narrativ«. Es eine sich aus konkreten Geschichten der Alltagserfahrung speisende Überzeugung, dass tatsächlich niemand zurückgelassen oder übersehen, ausrangiert, entrechtet oder diskriminiert werden darf und soll.

Die Crux eines neuen Fortschrittsversprechens besteht darin, dass es um einen qualitativen Fortschritt geht, der nicht in dem stetigen Wachstum des gewohnten und in der gelernten kapitalistischen Leistungslogik des »höher, schneller, weiter« gemessen wird. Es wird um nicht weniger gehen, als um ein Verständnis der guten Gesellschaft, in der die Individuen, die »Singularitäten« (Reckwitz) Selbsta Ausdruck und Freiheitserfahrung erfahren können, ohne bislang damit assoziierten symbolischen Konsum und materielle Distinktion. Und in denen es uns Progressiven gelingt deutlich machen, dass die Individuen in der guten Gesellschaft nichts zu verlieren haben als die Endlichkeit unserer bisherigen Lebensweise, aber dafür eine Welt zu gewinnen.

Der Rückschritt beginnt, wenn niemand mehr vom Fortschritt spricht.

In diesem Sinne publizierte ich mit meinem Kollegen und Freund, Carsten Brosda der Sozialdemokrat und Kultursenator in Hamburg ist, in der ZEIT eine Antwort auf den Berliner Soziologen Andreas Reckwitz, die von der Redaktion mit der uns sehr zufriedenstellenden Überschrift »Offensive!« versehen wurde.

Tatsächlich geht es darum, in die Offensive zu kommen, statt nur mit dem Rücken an der Wand zu stehen. Carsten und mich eint die Überzeugung, dass es mehr Zuversicht in unserer Gesellschaft der Angst braucht. Er publizierte dazu ein kluges, mich als Linken auch zum Widerspruch herausforderndes Buch unter dem programmatischen Titel »Mehr Zuversicht wagen« und beschreibt darin u.a., was ihm durch den Kopf ging, als der britische Dramatiker Simon Stephen 2018 über die Kraft des Geschichtenerzählens referierte und zu dem verheerenden Schluss kam, dass man diese Kunst den Rechten und Populisten überlassen habe: *„Vielleicht, weil wir es vernachlässigt haben, uns ausreichend um sie zu kümmern, sind die Geschichten den Bastarden in die Hände gefallen“*, mahnte Stephen seinerzeit und sah darin die Ursache für den erfolgreichen Brexit. Während die EU-Befürworter mit nackten Fakten überzeugen wollten, seien sie von den Gegnern als »Experten« verhöhnt worden, auf die niemand mehr hörte.“

Sein Aufruf, mehr Zuversicht zu wagen, ist kein Narrativ aus der Politikfabrik. Er macht sich vielmehr auf eine Wiederentdeckungsreise nach zuversichtlichen Erzählungen aus Literatur, Film, Popmusik und Politik. Dem reichhaltigen Schatz der Arbeiter:innenbewegung, der Geschichten über den Mut und die Hoffnung, die Welt besser zu machen.

Unabhängig von persönlicher Sympathie ist mir der Austausch mit Sozialdemokrat:innen, Grünen, parteiungebundenen Menschen im weitesten Sinne linksliberaler Provenienz deshalb so wichtig, weil ich überzeugt bin, dass wir nicht nur gegenwärtig aber insbesondere in dieser Zeit einen breiten Fokus einstellen müssen, den Carsten und ich mit dem Begriff der »Progressiven« umschreiben. Ich gehe darauf untenstehend noch einmal genauer in der Forderung nach einem Bündnis der Progressiven ein.

Mein weites plurales progressives Verständnis ist das Gegenteil der linken Bemühungen um »Alleinstellungsmerkmale«. Mir widerstrebt sowohl der daraus abgeleitete und häufig überhobene Wahrheitsanspruch, als auch das Bemühen, statt eine plurale, progressive gesellschaftliche Koalition zu bilden, die jeweilige politische Konkurrenz im Feld der Progressiven der Links- bzw. Rechtsabweichung zu überführen. Es ist die Bereitschaft, Progressivität als Vielfalt nicht nur zu verstehen, sondern auch zu leben – auch um den Preis, die eigene politische Individualität einzubetten in ein »progressives Wir«. Das ist die eine Ebene.

Auf der anderen Ebene geht es noch einmal um das Spannungsfeld der Heute-Morgen-Konfliktachse. Wie gezeigt lehrt uns die Demoskopie, dass ein mehrheitlicher Teil der Bevölkerung der Überzeugung ist, der nachfolgenden Generation werde es nicht besser, sondern schlechter gehen als der vorherigen. Die Demoskopie lehrt uns zudem anhand u.a. des jährlich erhobenen Thüringen Monitors ebenfalls zwei wichtige Unterscheidungen. Drei Viertel der Thüringerinnen und Thüringer sind überzeugt davon, dass die Demokratie die beste Staatsform ist. Aber vom Funktionieren der Demokratie sind mehr als die Hälfte der Befragten nicht überzeugt. Der Bewertungsmaßstab ist dabei nicht der prozedurale Ablauf demokratischer Verfahren, sondern die Ergebnisse demokratischer Regierungspolitik.

Dies machen sich die rechten Fortschrittsfeinde zunutze. Sie haben Antonio Gramsci nicht nur gelesen, sondern auch verstanden und sind dabei, mit ihrem Ruf sowohl nach Abschottung und Bewahrung kulturell ausgrenzender Weltbilder als auch nach rücksichtsloser Freiheit und ökonomischer Ausbeutung, kulturelle Hegemonie zu erlangen.

Progressive waren immer dann erfolgreich, wenn sie das Bild einer Zukunft entwarfen, für die es sich zu streiten lohnt. Nicht die Bewahrung des demokratischen Status quo ist die Aufgabe der Progressiven, sondern die Antwort auf die Frage nach einem ‚buon stato‘, nach einer guten Gesellschaft. In diesem Sinne verstehen wir Fortschritt. Als das Versprechen einer Veränderung zum Besseren und im

Lichte der differenzierten Analyse, die Rahel Jaeggi dazu kürzlich bei Suhrkamp vorlegte.³

Progressive Politik in diesem Sinne beruht sowohl auf einer anschlussfähigen und offenen Vision, als auch auf konkretem praktischem Handeln im Hier und jetzt. „Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen“, hieß es 1972 in einem Bundestagswahlkampf. Das stimmt noch immer.

Dafür ist es nicht einfacher geworden. Migrationsbewegungen, ökologische Krisen und verfestigte soziale Ungleichheit sind die Bedingungen gegenwärtiger Ordnungskämpfe. Die Erinnerung an die Weimarer Republik hat ein Dauerwohnrecht in unserem gesellschaftlichen Bewusstsein. Dabei denken wir Weimar gemeinhin vom Ende her, und vernachlässigen, dass nicht nur institutionelle Schwächen, konservative Reaktion und faschistische Gewalt zum Ende der ersten deutschen Demokratie führten. Die Arbeiterparteien konnten sich weder in ihren politischen Idealen noch in ihren taktischen Methoden einigen. Hinzu kam ein eklatanter Mangel an gemeinsamer Fantasie und Vision bei den Progressiven, die für den Erfolg der Republik einstanden. Geschichte muss sich nicht wiederholen. Es ist heute auch denkbar und möglich, dass die soziale und ökologische Demokratie den autoritären Populismus überholt und dessen drohende Hegemonie abwendet, weil sie nicht allein das fragile Bestehende bewahrt, sondern eben den »buon stato« anstrebt.

Eine Zukunft, in der Hochwasser, Dürreperioden und überhitzte Städte nicht zum Alltag werden, in der gute Arbeit, Selbstverwirklichung und ein sinnerfülltes Leben möglich sind, ist in sich ein Fortschritt. Und so kann man sie auch erzählen: »Eine Welt zu gewinnen«.

Wer sich heute für die Demokratie einsetzt, ist zurecht davon überzeugt, dass nur sie den Rahmen und die Chance bietet, auszuhandeln, wie der Wohlstand gerecht verteilt, wie soziale Sicherheit gewährleistet, wie Chancen auf individuellen Aufstieg organisiert und wie im Einklang mit den planetaren Grenzen gelebt werden kann. In aller aktuellen Widersprüchlichkeit. Dabei geht es nicht bloß um die Verteidigung des Bestehenden, sondern immer auch um den verändernden Eingriff im Interesse der Vielen. Die dafür wesentlichen politischen Erzählungen sind in den kollektiven Erinnerungen der sozialen Milieus bereits angelegt.

Dafür braucht es eine Freiheit, die auf gemeinsam vereinbarten Regeln beruht, eine Gerechtigkeit, die nachhaltig den Ausgleich zwischen den verschiedenen sozialen Lebenswelten und Teilhabechancen gewährleistet, und eine Solidarität, die über die verschiedenen Milieus und Klassen hinweg Gemeinschaft – und damit Gesellschaft – überhaupt erst ermöglicht.

In den jüngsten Krisen unserer Zeit, während der Pandemie oder zu Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine war zu sehen, dass unsere Gesellschaft bereit ist zu teilen und zu helfen. Praktische Solidarität ist möglich. Jeden Tag erleben wir aufs Neue, dass Menschen ins Gespräch darüber einsteigen, was ihnen am Status Quo nicht gefällt und was sie ändern wollen würden. Sinn hat das alles nur, wenn sie zugleich – und sei es kontrafaktisch – unterstellen, dass dieser Kraftaufwand auch wirklich etwas verändern kann.

Es ist die Überzeugung von der Möglichkeit, dass es uns gelingen kann, der kommenden Generation eine bessere Welt zu hinterlassen - in den Wettstreit darüber eintreten, was wir dafür tun können und müssen. Und davon erzählen. In Mut und Hoffnung gebenden Erzählungen. Dass also Fortschritt nach wie vor möglich ist.

Vor diesem Hintergrund sind meine bisherigen Überlegungen aber auch nachfolgenden Schlussfolgerungen eben kein Abgesang oder eine gar eine Abrechnung mit der Linkspartei. Sie sind stattdessen nicht weniger als der Versuch, die Perspektive der Partei DIE LINKE im Rahmen der gesellschaftlichen Linken, der Progressiven zu beschreiben.

³ Rahel Jaeggi (2023): Fortschritt und Regression, Suhrkamp-Verlag, Berlin.

Bündnis der Progressiven, Volksfront oder „worin wir uns einig sind“

Wie wird die gesellschaftliche Linke, wie werden die Progressiven praktisch?!

Parteipolitisch sorgte das Bündnis »Nouvelle Front Populaire« (NFP) für die Überraschung im zweiten Wahlgang der diesjährigen französischen Parlamentswahlen. Entgegen allen Erwartungen errang es die meisten Mandate und lag sowohl vor dem Zentrum der Macronisten, als auch den Konservativen und Rechten. Trotz dessen ist die NFP von der absoluten Mehrheit in der Nationalversammlung weit entfernt. Und wie von realistischen Pessimist:innen vorhergesagt, wurden kurz nach der Wahl – wie bereits 2022 – die Risse in dem eilig gebildeten Bündnis aus den Sozialisten, den Grünen, den Kommunisten und der BSW-ähnlichen, auf Jean-Luc Melenchon zugeschnittenen Organisation »Unbeugsames Frankreich« (La France Insoumise, LFI) offenbar. Es ist insoweit die Wiederholung der bereits im Zuge der Parlamentswahlen 2022 gesammelten Erfahrungen des Wahlbündnisses »Nouvelle Union Populaire Écologique et Sociale« (Nupes), zu dem sich seinerzeit LFI, Parti Communiste Français (PCF), die grüne Partei Europe Écologie – Les Verts (EELV) sowie Teile der Parti Socialiste (PS) zusammenschlossen. Dass die progressiven Parteien sich trotz dieser Erfahrungen aufgrund der Gefahr von rechts zu einer erneuten Partnerschaft (auf Zeit) zusammengefunden haben, ist zweierlei Ursachen geschuldet. Dem französischen Wahlrecht der zwei Wahlgänge und darauf aufbauendem Anreiz zu taktischen Absprachen sowie einer sich daraus ableitenden wiederholten gemeinsamen politischen Praxis – trotz aller Unterschiede und Widersprüche. Diese Praxis ist es, die mich in besonderer Weise interessiert.

In der Frankfurter Rundschau formulierte Pitt von Bebenburg am 22. August 2024:

„Es ist in vielem unklar, was Linkssein heute bedeutet. Die Corona-Krise, die Migration, der russische Angriff auf die Ukraine und der Gaza-Krieg haben Fragen aufgeworfen, bei denen die Antworten auf der Linken unterschiedlich ausfallen. [...] Nimmt man SPD und Grüne hinzu, steht die parteipolitische Linke unter 30 Prozent. So schwach war sie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Die weitreichende Akzeptanz rechter und sogar rechtsextremer Positionen hat die Linke in eine Verteidigungsposition gebracht, in weiten Teilen Europas. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die Rechten trotzdem mit der Behauptung durchdringen, wir lebten in einer „links-grün versifften“ Republik. Tatsächlich wächst die soziale Spaltung und lahmt der Klimaschutz – eben jene Felder, die für ‚links‘ und ‚grün‘ im Mittelpunkt stehen. [...] Die Linke ist gut beraten, Leistungen der Regierung zu würdigen – und SPD und Grüne zugleich daran zu erinnern, dass zu linker Politik mehr gehören würde.“

In den 1960er und 1970er Jahren standen die schwedischen Sozialdemokraten unter Tage Erlander und später Olof Palme, die Gewerkschaften und andere linke, progressive Parteien vor der Herausforderung, ihre politischen Ziele in einem zunehmend polarisierten Umfeld durchzusetzen. Anstatt sich auf die Differenzen zwischen den verschiedenen linken Strömungen und gesellschaftlichen Bewegungen zu konzentrieren, fanden sie seinerzeit einen Weg, ihre Kräfte zu bündeln und ein gemeinsames Programm zu formulieren. Unter dem Titel »Was wir wollen« (»Vad vi vill«) schufen sie eine Plattform, die die gemeinsamen Werte und politischen Ziele aller beteiligten Kräfte, einschließlich der Gewerkschaften und sozialer Bewegungen, betonte.

Seit dieser Zeit fanden erhebliche Umbrüche sowohl in Akkumulationsregime und Produktionsweise und in dessen Folge auch den gesellschaftlichen Milieus statt. Die Trägermilieus kulturell progressiver Gesellschaftsmodelle sind Fraktionen in der Mittel- und Oberschicht abbilden. Sind durch hohes kulturelles Kapital, Bildung und in vielen Fällen auch gesichertes ökonomisches Kapital gekennzeichnet. Während sie sich in ihren spezifischen Lebensstilen und Werten unterscheiden, verbinden sie gemeinsame Merkmale wie Bildungsgrad, berufliche Positionen in wissens- oder kulturorientierten Sektoren und eine allgemeine Offenheit gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen.

Progressiv ist Politik in dem von mir vertretenen Sinne nur mit den normativen Zielsetzungen sozialer Gerechtigkeit und der Verteilungsgerechtigkeit. Und ohne sie und die diese Zielsetzungen tragenden

Milieu der Arbeiterklasse ist progressive Politik gesellschaftlich weit von jeder Mehrheitsfähigkeit entfernt.

Mit Blick auf dieses Spannungsverhältnis diskutierte im [Jacobin-Magazin](#) Alexander Brentler – im Mai 2021, als eine heute von jeder realistischen Machtoption weit entfernte rot-grün-rote Regierungskoalition noch möglich schien – den Begriff der »Progressiven« kritisch. Als Progressive benennt er eine zentristische Strömung der sozialdemokratischen und grünen Parteien, die US-Demokraten eingeschlossen, die *„antritt, um den progressiven Neoliberalismus von Clinton, Schröder, Blair und zuletzt Obama zu beerben. Unter gewissen Gesichtspunkten könnte man auch Teile von Bidens Beraterinnenstab dieser neuen Strömung zuordnen. Die sozialistische Linke steht diesem Phänomen etwas ratlos gegenüber und ringt bis jetzt erfolglos um die richtige politische Antwort. [...] Die erklärte Hauptaufgabe dieses progressiven Zentrismus ist es, den Kapitalismus zu verwalten und seine Verwerfungen zu glätten. Die Vorstellung einer organisierten arbeitenden Klasse, die als eigenständiges politisches Subjekt agiert und die Wirtschaftsordnung in ihrem Interesse grundsätzlich verändern könnte, ist ihnen fremd. Ihr Optimismus, das Kapital durch einen regulierenden Staat einhegen zu können, rührt auch daher, dass sie schlicht nicht an mögliche Alternativen glauben.“*

Gleichwohl stellte er pragmatisch fest: *„Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die arbeitende Klasse nirgendwo in der westlichen Welt hinreichend gut organisiert ist, um eine transformative Politik derzeit aus eigener Kraft zu realisieren. Linke Gesellschaftsentwürfe werden ohne einen zumindest zeitweisen Pakt mit dem progressiven Zentrum kaum umsetzbar sein.“*

Dieses Vorgehen wiederum ist das Gegenteil dessen, was beispielsweise Raul Zelik im Neuen Deutschland der LINKEN empfiehlt: *„In einer Zeit, in der der neoliberale Mainstream, Faschist*innen, aber auch gewichtige Teile des so genannten progressiven Lagers – gegeneinander und doch vereint – jedes solidarische Prinzip sturmreif schießen, hat die Linke nur zwei Optionen: Sie kann sich entweder an den Zeitgeist anbieten oder einsam gegen den Sturm segeln. [...] Eine Partei, die konsequent zu allem nein sagt, was im Augenblick als gesellschaftlich »normal« gilt, wird oft sehr allein sein.“*

Die pragmatische Schlussfolgerung Brentlers nimmt den eingangs zitierten Gedanken des »Warte nicht auf bessere Tage, sondern überwintere bis und damit der Wind sich wieder dreht« erneut auf. Ich befürworte diese Herangehensweise. Und ich gehe noch einen Schritt weiter: Warum den Begriff der Progressiven diskreditieren und das Lager der Progressiven gleich wieder separieren in die unzureichenden, reformistischen »Igit-Zentristen« und die Fraktion der Linken und Sozialisten?!

Trotz Gemeinsamkeiten stellen wir Progressiven unsere Unterschiede ins Zentrum. Wir sind besser darin, uns gegenseitig der Doppelzüngigkeit, Inkonsequenz oder Verrat an denen eigenen Grundsätzen zu überführen. Stellen wir uns vor, wir würden die gleiche Anstrengung und Kraft darauf verwenden, die Punkte, in denen wir einig sind, politische Realität werden zu lassen.

Parteien wie die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Volt, die Tierschutzpartei, die Überbleibsel der Piratenpartei, Gewerkschaften und zahlreiche zivilgesellschaftliche Bewegungen teilen – bei Unterschieden in Schwerpunkten, Details und Herangehensweisen – grundlegende Werte und Ziele: soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz, Menschenrechte, faire Arbeitsbedingungen, digitale Freiheitsrechte und eine starke Demokratie.

Anders als in Frankreich und anderen Ländern gibt es in Deutschland rechtliche und verfassungsmäßige Rahmenbedingungen, die die Bildung von Wahlbündnissen oder gemeinsamen Listen zwischen Parteien einschränken oder erschweren. Listenverbindungen mehrerer Parteien sind wahlrechtlich ausgeschlossen. Trotz dessen spricht aus meiner Sicht viel dafür, ein progressives Bündnis, das politische Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen vereint, zu konzipieren. Es sollte auf den folgenden Grundsätzen beruhen:

1. Wir müssen uns darauf konzentrieren, was uns eint, anstatt uns von dem trennen zu lassen, was uns unterscheidet. Soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Menschenrechte, faire Arbeitsbedingungen, eine gerechte Wirtschaftspolitik und eine starke Demokratie sind die Säulen, auf denen ein

solches Bündnis ruhen sollte. Gewerkschaften und Bewegungen bringen ihre spezifischen Perspektiven ein, die für die Verwirklichung dieser Ziele unerlässlich sind.

2. Anstatt gegeneinander anzutreten, sollten wir unsere Wahlkämpfe und politischen Aktionen koordinieren. Dies könnte bedeuten, dass wir in bestimmten Wahlkreisen strategisch zusammenarbeiten, um Direktmandate zu gewinnen. Ebenso sollten Gewerkschaften und Bewegungen ihre Kampagnen mit den politischen Zielen des Bündnisses in Einklang bringen, um maximale Wirkung zu erzielen.
3. Eine gemeinsame (Wahl)Plattform »Worin wir uns einig sind« würde trotz getrennter Wahlantritte deutlich machen, dass uns und was uns als Progressive eint. Es würde die wesentlichen Kernanliegen aller beteiligten Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen umfassen und würde dazu beitragen, eine klare, progressive Alternative deutlich zu machen. Und ja, ein solches Programm würde und müsste pragmatisch sein, ohne beliebig zu werden. Es müsste geprägt sein von der klaren Vision für eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft bieten, die die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Umwelt und der sozialen Gerechtigkeit vereint.

Ein solches Bündnis würde und müsste die Vielfalt der progressiven Kräfte widerspiegeln. Einheit in der Vielfalt – Vielfalt in der Einheit wäre eine Stärke, die es ermöglichen könnte, eine breitere gesellschaftliche Basis zu erreichen, Mut zu machen.

Neugründung, Konföderation oder Auflösung

Im bisherigen Verlauf dieses Textes sprach ich zunächst die Notwendigkeit einer »politischen Insolvenz« der LINKEN an, um anschließend eine auf die Partei bezogene schonungslose Betrachtung von bisheriger Entwicklung und der vor uns liegenden, noch nicht erreichten Talsohle vorzulegen. Daran schloss sich eine Skizzierung sowohl eines linken Fortschritts-Narrativs als auch ein breites Verständnis progressiver Politik an. In diesem Abschnitt komme ich wieder auf DIE LINKE zurück.

Als ich die erste Rohfassung dieses Papiers, dessen Ende vollkommen offen und auch für mich nicht klar war, an eine bunte Zahl von Menschen versendete, war die einhellige Reaktion neben vielen klugen Hinweisen: „Mir ist nicht klar, worauf du hinauswillst“ bzw. „Es gibt viel Potenzial und deshalb keinen Grund für Abgesänge“. Die vorstehenden Überlegungen zum Fortschrittsbegriff und daraus abzuleitender Politik entstanden aufgrund dessen.

In diesem Sinne ist auch Ines Schwerdtner zuzustimmen, die in der Podcast-Auswertung ihres Europawahlkampfes eine Liebeserklärung an die Kraft der Partei richtete, basierend auf dem Engagement und der praktischen, lebensweltlichen Klugheit ihrer Mitglieder. Es gibt das tatsächlich lebendige Bild einer realexistierenden solidarischen Alltagspraxis in der LINKEN.

Sie würde die von Horst Kahrs, diesmal in seinem [Vortrag auf der Jahrestagung des Netzwerks Progressive Linke](#) am 25. Februar 2024 gestellte Frage, ob DIE LINKE über einen eigenen „ideologischen Glutkern“ verfüge, klar bejahen. Ebenso wie diejenigen, die mir antworteten.

Paul Wellsow schrieb beispielsweise:

„Es gibt einen ‚Glutkern‘, der müsste allerdings gehoben und geschliffen werden. [Bei allen noch schwieriger werdenden Ressourcenproblemen] haben wir quer durchs Land tausende Kommunalengagierte, die oft hoch anerkannt sind, wir regieren mit, wir haben eine Stiftung und eine, funktional betrachtet, funktionierende Partei. Wir waren mehr als einmal tot, die FDP war komplett für tot erklärt – und sprang erneut in den Bundestag, sogar in die Regierung. Mit Mut, Plan und Willen sowie viel Glück wäre auch für uns ein Weg zu finden.“

Elke Breitenbach formulierte kritisch:

„Ich habe jetzt lange über die fehlende Identität und gemeinsame Geschichte nachgedacht und denke, dass du hier auf dem falschen Weg bist. Denn was mich an deinem Entwurf wundert, ist der geringe Stellenwert, den Politik einnimmt. Es geht um die Partei. Gehen muss es aber um

die gesellschaftliche Situation, die Probleme und die Herausforderungen. Fehlt uns eine gemeinsame Geschichte und fehlen uns gemeinsame Grundlagen und Vorstellungen für politische Konzepte? Ich glaube, letzteres ist die Grundlage, dass die Partei überlebt. Eine Partei, die keinen Gestaltungswillen hat, wird untergehen.“

Ich widerspreche Elke Breitenbach an dem Punkt, an dem ich oben bereits Johannes Häfner widersprach: Bindung entsteht durch Gemeinsamkeit, die sich aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunftswillen speist. Eine Kaderpartei kann bestehen auf der aus Verantwortungsethik gespeisten Überzeugungsbasis, das Richtige zu tun. Eine breite Partei, die im Lebensalltag ihrer Mitglieder und der Menschen verankert sein möchte, ist ein Gemeinschaftsort, ist Gemeindegarbeit.

Und stimme Elke Breitenbach zugleich zu: Es geht um Politik und damit sind wir beim Thema des strategischen Zentrums, zu dem Paul Wellso in der [Zeitschrift „LUXEMBURG“](#) kluge Überlegungen anstellte. Auch Christoph Spehr macht dazu überlegenswerte Vorschläge in seiner Analyse der Europawahl, die meiner Kenntnis nach bislang nicht öffentlich abrufbar ist.

Horst Kahrs ging in seinem oben zitierten Vortrag von der Annahme aus:

„Bis zur kommenden Bundestagswahl wird ein Imagewechsel nicht zu bewältigen sein. Optimistisch betrachtet, braucht es 3-4 Jahre, um das »gefühlte Wissen« über die Partei in nennenswertem Maße wieder ins Positive zu wenden. Mit anderen Worten: Der Kampf um den Wiedereinzug in den Bundestag 2025 darf dem Weg zu einer neuen Linken nicht im Wege stehen, darf ihn nicht aufhalten, aber entscheidend für die längerfristige Zukunft der Partei wird die übernächste Wahl - voraussichtlich - 2029 sein. Nach der nächsten Wahl bleiben, auch wenn die Partei an der Sperrklausel scheitert, wichtige Ressourcen wie Landtagsfraktionen, eine parteinahe Stiftung und anderes mehr. Erst nach einem erneuten Scheitern 2029 wird es sie nicht mehr geben.“

Und fügte in seinen Kommentaren an mich hinzu:

„Gleichwohl ist nicht alles weg, sondern es sind noch begrenzte Ressourcen da, die man strategisch einsetzen könnte. In welchem inhaltlichen Rahmen das geschehen könnte, einen, auf den sich alle verbliebenen Teile einigen können müssten, habe ich im Vortrag vom Februar im zweiten Teil zu skizzieren versucht. Immerhin ist jetzt häufiger als vor einem halben Jahr von ‚Gleichheit‘ die Rede [...] Aber du hast recht, ein strategisches Zentrum setzt eine gewisse innere Einheit voraus.“

Diese innere Einheit repräsentiert das, was Elke Breitenbach zutreffend „Politik“ nennt und ich als gemeinsame politische Praxis und übereinstimmende Zukunftsvorstellungen beschreibe. Durch sie entsteht letztlich Gebrauchswert. Um diese innere Einheit ist es aus meiner Sicht schlecht bestellt.

Horst Kahrs und Tom Strohschneider differenzierten in oben bereits zitiertem [Papier](#) fünf Linien linker Politik. Ich würde es weiter fassen und von fünf Linien progressiver Politik sprechen.

Fünf Linien linker bzw. progressiver Politik	
Institutionelle Linie	Sie betont die Logik des Parlamentarismus, des Regierens und Durchsetzens, also die Veränderung von Institutionen, die Sicherung von Erfolgen: das Beschlüsse Realität werden, Bestand haben können auch bei anderen Mehrheiten usw. Im planetaren Paradigma steht diese Linie für die entscheidende Frage: Wie wird in der repräsentativen Demokratie Wandel umsetzbar?
Außerparlamentarische und gewerkschaftliche Linie	Orientiert wird auf die Zusammenarbeit und Zuspitzung von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, von aktiven Minderheiten, Treibern auf Themenfeldern der Linken, Veränderung der »gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse«, Selbstermächtigung, Herausbildung von »politischen Identitäten«. Im planetaren Paradigma steht diese Linie für entscheidenden Fragen wie: Wer sind wir? Woher kommt welcher Impuls für welchen Wandel?

Konservative Linie	<p>Sie unterscheidet sich von aktuellen Versuchen politischer Polarisierungsunternehmungen, den Begriff »konservativ« mit links zu verbinden dadurch, dass das Gegenwärtighalten früherer Kämpfe und Erfolge, insbesondere der goldenen 30 sozialdemokratischen Jahre, der nationalstaatlichen Ausbalancierung von Arbeit und Kapital, nicht im Sinne von »dahin zurück« thematisiert wird, sondern im Sinne von: so viel sollte mindestens immer wieder möglich sein, ohne dass darüber aber der politische Preis – Stichwort: männliche Normalarbeit – vergessen wird.</p> <p>Im planetaren Paradigma steht diese Linie für Fragen wie: Wie viel Wandel ist für die Mehrheit verkraftbar, wie viel Wandel kann eine demokratische Mehrheit gewinnen?</p>
Liberale Linie	<p>Betont die Aspekte subjektiver und kollektiver Freiheit, individueller Entfaltung sowie der dazu nötigen Ausweitung demokratischer und rechtlicher Ansprüche.</p> <p>Im planetaren Paradigma steht diese Linie für entscheidende Fragen wie: Wie demokratisch und freiheitlich kann der Wandel gestaltet werden?</p>
Antikapitalistisch-utopische Linie	<p>Fokussiert die Logik der Systemkritik, die um das Unzureichende von Reform und Transformation weiß und immer wieder darlegen kann, was global auf dem Stand der Produktivkräfte an Lebensverhältnissen für alle darüber hinaus möglich wäre, wenn Herrschaft und Ausbeutung überwunden würden.</p> <p>Im planetaren Paradigma steht diese Linie für entscheidende Fragen wie: An welchem utopischen Überschuss ist Wandel orientiert?</p>

Diese Darstellung untersetzt, was ich oben als plurale, vielfältige Progressivität beschrieb und würde im Idealfall eine produktive Verbindung zwischen diesen Linien herzustellen versuchen. Die Erfahrung zeigt, dass diese produktive Verbindung bislang in den seltensten Fällen gelang. Eher handelt es sich um extern motivierte Ereignisse (vgl. Nouveau Front Populaire), die häufiger kurz- als langlebig waren.

DIE LINKE, angetreten als Sammlungsbewegung der Linken, wird – so ein Kommentar zu einem Entwurf dieses Papiers – zusammengehalten, weil man früher mit Illusion dachte, die Unterschiede könnten in etwas Neuem auf höheres Niveau gebracht und dadurch quasi dialektisch »aufgehoben« werden. Der Illusion gegenwärtig geworden, sitzt nun jede der linken »Schulen«, »Strömungen« und »Flügel« selbstreferentiell und enttäuscht über die Fehleinschätzung des gemeinsamen Potenzials verbarrikiert im eigenen Zimmer der parteilichen Wohngemeinschaft DIE LINKE.

Der Umgang Sahra Wagenknechts mit ihrer vormaligen Partei und der Bundestagsfraktion ähnelte, in diesem Bild bleibend, wiederum dem Verhalten derjenigen WG-Bewohnerin, die bereits die Mietzahlungen eingestellt hat, weil sie sowieso ausziehen will, sich aber noch aus den Kühlschrankschrankfächern der Mitbewohner:innen bedient, über die öffentlich schlecht geredet und die bei potenziellen Nachmieter:innen angeschwärzt werden.

„Die Debatte wird nicht »geführt« in dem Sinne, dass sie jemand mit einem Ziel organisiert, am Leben hält, erweitert usw.“, kommentiert Tom Strohschneider und hält zutreffend fest: „Das wäre die Aufgabe einer Führung, Stichwort »strategisches Zentrum«“, die aber aufgrund der jahrelangen, auf einer politischen aber noch viel stärker menschlich-verletzenden Art und Weise geführten Konflikte gar nicht wirklich entstehen kann. Denn in der LINKEN ist tatsächliche Führung weder gelernt noch gewünscht.

Die Konsequenz daraus können aus meiner gegenwärtigen Sicht nur drei mehr oder weniger radikale Schlussfolgerungen sein, die alternativ zueinanderstehen. Ich führte sie in der Zwischenüberschrift zu diesem Abschnitt mit den Begriffen »Konföderation«, »Neugründung« und »Auflösung« ein.

- 1) Die *Auflösung* ist das Ende. Das Eingeständnis der gescheiterten politischen Insolvenz. Für einen solchen radikalen Schlussstrich gibt es, so gewichtige Rückmeldungen zu früheren Fassungen dieses Papiers, gegenwärtig keinen Anlass. Befürchtet wird zurecht, dass gerade eine Thematisierung dessen durch mich demoralisierende Wirkung haben könnte. Das Insolvenzverfahren sei

verschleppt, also noch gar nicht eröffnet worden. Ein Umsteuern ist möglich. Eine plausible Argumentation.

Zu der es eine Gegenposition gibt, die sich in Rückmeldungen ausdrückt wie:

„Aber das sind Erwartungen, die man an diese Partei nicht mehr mit guter Begründung adressieren kann. Ich sage das ohne Groll oder Vorwürfe, es ist einfach so“ oder

„Ich »glaube« weiterhin an eine Linke, aber diskutiere nicht mehr aktiv über das Wohl der LINKEN“.

- 2) *Konföderationen* unterscheiden sich von Föderationen in dem Grad der Souveränität ihrer Mitglieder und der eingeschränkten zentralen Autorität.

Die Schwäche der LINKEN besteht darin, dass sie nicht überzeugen kann, solange kontradiktorische Gegensätze in Strategie und Taktik, Zielgruppen und politischen Angeboten dominieren. Widersprüchliche oder sich direkt widersprechende Haltungen zu vertreten, ist auf die Dauer unmöglich.

Um dieser Situation abzuhelpen wurde in der LINKEN versucht, unterschiedlichen und sich ggf. gegenseitigen Zielgruppen parallel verschiedene Identifikationsfiguren und Botschaften anzubieten, deren inhaltliches Profil und Aussage sich gegenseitig ausschließen, womit zur jeweils anderen Zielgruppe Störsignale ausgesendet wurden (Spehr 2024). Die Partei war quasi ein Haufen Magneten, die sich nach innen abstießen und nach außen begrenzt anzogen.

In diesem Sinne kann DIE LINKE auch als unfreiwillige Konföderation der Linken gelesen werden. Dem tatsächlichen Zustand lag keine Strategie zugrunde. Vielmehr die oben beschriebene Täuschung, dass die Quantität der gegensätzlichen Linien, Strömungen und Flügel dialektisch in eine neue Qualität der parteilichen und gesellschaftlichen Linken umschlagen würde. Für einen solchen Umschlag braucht es jedoch, weil es sich um Menschen handelt, die konkrete Erfahrungen gemacht haben, aus spezifischen Traditionen und Kulturen kommen eine Form der Beziehungsarbeit, die in der LINKEN nicht geleistet wurde und für die es ein entsprechendes Beziehungsverständnis sowie Führung braucht, die insbesondere dann wirksam sind, wenn es schlecht läuft.

Angesichts dessen, dass die tatsächliche Ausgangslage also die einer Konföderation der LINKEN ist, dass weitere Spaltungsprozesse vermieden werden sollen und gleichzeitig diametral gegensätzliche politische Überzeugungen und Praxen bestehen, ist folglich zu fragen:

Kann eine konföderale Linke so viel Mindestgemeinsamkeit entwickeln, um aus den Widersprüchen Kraft zu schöpfen und eine innere Haltung, die – entgegen sozialistischen Pfadabhängigkeiten – nicht um den Sieg im Wettstreit der Wahrheiten kämpft, sondern Vielfalt, Pluralität, auch Widersprüchlichkeit, als Teil eines offenen gesellschaftlichen Lernprozesses versteht. Die Krise und Schwäche würde hier zur Ausgangschance. Aber ausschließlich mit der Überzeugung, dass aus der konföderalen Linken eine föderale und letztlich unitarische Linke werden soll. In diesem Sinne würde Spehrs Aussage zutreffen: Die Krise wäre nicht der Anfang vom Ende, sondern das überfällige Ende des Anfangs.

- 3) Die *Neugründung* setzt den plausiblen Insolvenzplan voraus. Sie ist die Entscheidung, politisch – nicht im parteirechtlichen Sinne – von Neuem zu beginnen. Ernsthaft und nicht als bloße rhetorische Ankündigung, um dann doch wieder alles beim Alten zu belassen. Dem geht eine Verständigung darüber, wer wir sein wollen und wovon wir uns trennen, voraus.

Darin enthalten ist letztlich auch die Entscheidung, welche politische Praxis diese politische Neugründung bestimmen soll. Im grundsätzlichen Sinne wäre dies mit der planetaren Fortschrittsperspektive linker Politik umfasst (»Eine Welt zu gewinnen«), methodisch verweist Elke Breitenbach auf das »strategische Dreieck«:

„Um in einer offenen Gesellschaft und in einem offenen Geschichtsprozess erfolgreich für unsere Ziele arbeiten zu können, haben wir aufgrund unserer Erfahrungen in Gesellschaft und Politik und nach gründlichen Debatten als Orientierungsrahmen für unser Handeln ein "strategisches Dreieck" bestimmt: Zwischen Protest, Gestaltungsanspruch und über die derzeitigen

Verhältnisse hinaus weisenden demokratisch-sozialistischen Alternativen spannt sich demnach der politische Raum auf, in dem sich die Partei erfolgreich bewegen kann. Politisches Handeln einer demokratisch-sozialistischen, einer linken Partei muss eine produktive Balance zwischen diesen drei Elementen herstellen.“ (Gründungserklärung des fds, 2007)

Ich fürchte, eine solche Neugründung wird nicht ohne weitere Trennungen vorstattgehen, um die bestehenden Widersprüche aufzulösen und tatsächlich gemeinsame Grundlagen und Vorstellungen für politische Konzepte zu schaffen. 2022 schrieb ich:

„Produktiver Streit ist freilich – darauf haben mich einige, die diesen Text kritisch vorab gelesen haben, hingewiesen – nur eine Seite der Medaille. Am Ende jeder Debatte muss eine Entscheidung stehen. In der bisherigen politischen Verfasstheit unserer Partei erscheint jede tatsächliche Entscheidung in einer kontrovers diskutierten Frage wie eine Zerreißprobe. So sicher wie das Singen der Internationale am Ende eines linken Bundesparteitages wird es – egal welche Entscheidung getroffen werden – Genoss:innen geben, die deshalb meinen, aus der Partei auszutreten. Das ist die Folge einer Konfliktkultur nach dem Muster: »Auf zum letzten Gefecht«. Doch wir können nicht aus Angst vor dem Tod Selbstmord begehen.“ [Hoff 2022]

Theoretisch denkbar wäre auch die 4. Option: *die Fusion*. Für diese Option einer Überwindung der seit 1914/1917 bestehenden Spaltung der historischen Arbeiter:innenbewegung sehe ich derzeit wenig ernsthafte Bereitschaft auf Bundesebene. Auch deshalb verspricht das Progressive Bündnis mehr praktischen Wert.

Fazit: Das neue »Haus der Linken« und das Bündnis der Progressiven

Vor zwei Jahren schrieb ich: *„Derzeit liegt unsere Partei DIE LINKE am Boden. Dort ist sie schmerzhaft aufgeschlagen: Bei der Europawahl 2019 ebenso wie bei der Bundestagswahl 2022. Die Verantwortung dafür liegt ausschließlich bei uns selbst. Gestolpert sind wir über die Beine, die wir uns seit Jahren gegenseitig stellen.“*

Als ich begann, den hier vorliegenden Text zu verfassen, ging es mir mit Blick auf die fortgeschrittene Krise darum, in der Debatte über den Zustand und die Perspektive der LINKEN zumindest einmal den Gedanken aufzurufen und zu thematisieren, ob wir nicht mehr nur am Rande des Abgrundes stehen, sondern uns bereits über dem Abgrund bewegen wie die Comicfigur, die in der Luft rennt und abstürzt, wenn sie sich ihrer Situation gewahr wird.

Weil ich 2022 bereits die politische Insolvenz der LINKEN thematisierte, ging ich davon aus, dass sie gescheitert ist. Hinweise der Entwurfsleser:innen machten deutlich, dass zwar die Insolvenz verschleppt, aber die Insolvenz eben noch nicht begonnen wurde. Unter seither verschlechterten und absehbar noch massiv sich verschlechternden Bedingungen sei noch so viel Substanz und insbesondere überzeugte Belegschaft vorhanden, dass die Genoss:innenschaft DIE LINKE eine Zukunft haben kann. Anders als bisher und vermutlich zunächst viel kleiner als gewohnt – zumindest in den Hochburgen.

Zum Krisenmanagement gehört aus meiner Erfahrung, gerade das Unvorstellbare vorstellbar zu machen, um auch von dieser Situation nicht überrascht zu werden. Vielmehr zu prüfen, ob auch eine solche Situation unerwartet eine Chance gebiert. Deshalb ist es aus meiner Sicht nötig, die zeitlichen Stationen zu benennen: 2029 über die Station 2025. Und klarzumachen, dass im Falle des Scheiterns das tatsächliche Ende der Partei DIE LINKE steht.

Mehr noch als dies beschäftigt mich das Bild der konföderalen Linken, da es für mich den Status quo der LINKEN besser beschreibt als normative Aufrufe zur Einheit der Partei, die aber praktisch nicht gewollt ist. Zudem wurde mir deutlich, dass die zermürenden Kämpfe mit den separatistischen Wagenknechten die zentripetalen Kräfte der Konföderation nur überdeckten, die nach der erfolgreichen Separation umso massiver ausbrachen.

Ausgehend davon meine ich, dass der grundlegende Wandel, vor dem wir stehen, mehr als eine strategische Positionierung ist. Letztlich ist es nicht weniger als die politische Neugründung einer Partei, die sich von all dem trennt - weil sie überzeugt ist, dass es nötig sei -, was sie daran hindert, voranzukommen und zu wachsen. Inhaltlich, methodisch-strukturell und in der bisherigen politischen Kultur.

Im 2022er Papier bezog ich mich auf Katharina Dahme, die in ihren in [»Gedanken zur Linken nach der Bundestagswahl 2021«](#) ausführte:

„In dem Haus DIE LINKE wohnen viele und das Fundament ist stabiler als manche nach den 4,9 Prozent befürchten. Rissig ist es trotzdem, weil die Gemeinsamkeiten, die nun wieder viele einfordern, in Frage gestellt wurden und auch weiterhin nicht von allen akzeptiert werden.“

Ich fand bereits damals, DIE LINKE als ein Haus zu sehen ein spannender Gedanke sei, der viele Anknüpfungspunkte böte.

In der schwedischen sozialistischen Bewegung wird der Begriff des »Volkshaus« als ein Symbol und eine Einrichtung verstanden, die zentrale soziale, kulturelle und politische Funktionen in der Arbeiter:innenbewegung erfüllte. Diese Häuser spielten eine wichtige Rolle in der Entwicklung der skandinavischen sozialistischen Bewegung und waren ein Ort der Gemeinschaft und des Engagements für die arbeitende Klasse. Das »Volkshaus« war mehr als nur ein Gebäude – es war ein Symbol für die Selbstorganisation und den Gemeinschaftssinn der Arbeiter:innenklasse. Es repräsentierte die Ideale der Solidarität, des gemeinsamen Fortschritts und der Emanzipation durch Bildung und Kultur. Das »Volkshaus« ist, wenn auch unter veränderten Rahmenbedingungen, aktuell und relevant, wenn auch seine Rolle und Bedeutung sich im Laufe der Zeit verändert haben. Das »Volkshaus« bleibt eine lebendige und dynamische Institution in Skandinavien, die weiterhin wichtige soziale, kulturelle und politische Funktionen erfüllt. Während sich ihre Rolle im Laufe der Zeit verändert hat, bleibt das grundlegende Ziel, die Gemeinschaft zu stärken und soziale Gerechtigkeit zu fördern, bestehen.

Das »Volkshaus« umfasst freilich mehr als nur die eine Partei. Es wäre ein Anspruch, der offen ist. Er bedeutet, das Werkeln am 130 Jahre alten Richtungsstreit des Sozialismus – Reform oder Revolution – aufzulösen. Denn die stetige Suche nach dem Übergang, der großen Transformation provoziert den Übergang letztlich selbst. Worum es hier und heute gehen muss, ist das »Volkshaus« offen, modular zu denken. Zunächst als parteipolitisches Ziel, offen für eine Bündnispolitik, die letztlich offen und bereit für Bündnisse und Plattformen der Progressiven, in denen auch das Zusammengehen mit anderen Parteien und Organisationen als möglich angesehen und tatsächlich auch gedacht wird.

»Wie wollen wir leben?« - diese Frage stellte schon Walter Gropius, der Mitbegründer des Bauhauses und diese Frage würde auch uns prägen bei der Umnutzung des »Haus der Linken« als »progressives Volkshaus«. Es ist, im Bild bleibend, ein politisches Baudenkmal, dessen Fundament hinreichend stabil und Bausubstanz Potenzial für die Um- und Nachnutzung hat. Soll das »Haus der Linken« zum »Volkshaus« werden, muss der Grundriss vollkommen neu an den Nutzer:inneninteressen ausgerichtet werden. Dazu gehört übrigens auch, dass dieses neue Haus mit den modernsten Techniken und Methoden der politischen Arbeit und Kommunikation ausgestattet und die darin leben mit ihnen arbeiten wollen müssen, die zur Verfügung stehen.

Abhängig davon, ob dieser Prozess gelingt und wie »Haus der Linken« künftig ausgerichtet ist, wird sich herausstellen, ob es sich um eine Bauruine handelt oder nicht. Eine Manifestation früherer Größe aber letztlich eine des Niedergangs aufgrund gescheiterter Neubestimmung, oder eines tatsächlichen Neuanfangs. Ein Neuanfang der nicht die Fortsetzung des Alten im neuen Gewand ist.

Insofern gilt, was ich bereits 2022 schrieb: Wir können weiterhin an unseren eigenen Widersprüchen scheitern – oder diese Widersprüche auflösen. Es anders und besser machen als bisher. Uns dadurch selbst und andere stolz machen.

* * *

Es gibt Vergangenheiten, die ›Totengräber‹ der Geschichte und Ketten sind, die gefangen halten. Und es gibt – so meine ich – Vergangenheiten, die die Geschichte erst ›freisetzen‹, die als ›Triebfedern‹ dienen und vorantreiben. (Jon Sobrino)

Manchen hör ich bitter sagen
"Sozialismus – schön und gut
Aber was man uns hier aufsetzt
Das ist der falsche Hut!"
Manchen seh ich Fäuste ballen
In der tiefen Manteltasche
Kalte Kippen auf den Lippen
Und in der Herzen Asche

Wartest du auf bessere Zeiten
Wartest du mit deinem Mut
Gleich dem Tor, der Tag für Tag
An des Flusses Ufer wartet
Bis die Wasser abgeflossen
Die doch ewig fließen

[...]
Viele werden dafür sorgen
daß der Sozialismus siegt
Heute! Heute, nicht erst morgen!
Freiheit kommt nie verfrüht
Und das beste Mittel gegen
Sozialismus (sag ich laut)
ist, daß ihr den Sozialismus
AUFBAUT !!! Aufbaut ! (aufbaut)

Wartet nicht auf bessere Zeiten
Wartet nicht mit Eurem Mut
Gleich dem Tor, der Tag für Tag
An des Flusses Ufer wartet
Bis die Wasser abgeflossen
die doch ewig fließen
die doch ewig fließen

Quelle: Wolf Biermann, "Warte nicht auf bessere Zeiten"/Liederproduktion, Altona 1996